

Politik: Abstimmungen : Minarette und Waffenexporte verbieten?

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **36 (2009)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910372>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Minarette und Waffenexporte verbieten?

Zwei Volksinitiativen wollen den Bau von Minaretten und die Ausfuhr von Kriegsmaterial verbieten. Am 29. November kommen sie zur Abstimmung. Ebenso eine Zweckbindung der Kerosinabgabe für den Luftverkehr. Von René Lenzin

Im vergangenen Jahr hat die Schweizer Rüstungsindustrie Kriegsmaterial im Wert von gut 720 Millionen Franken exportiert – so viel wie noch nie zuvor. Grösster Abnehmer war Pakistan, das für 110 Millionen Franken Waffen aus der Schweiz erwarb. Was die Hersteller und deren Angestellte freut, ärgert die Gegner solcher Exporte. Die Schweiz folge dem globalen Aufrüstungstrend, hiess es etwa bei der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Besonders die Exporte nach Pakistan seien verantwortungslos.

Die GSoA sieht sich in ihrem Anliegen bestätigt, Kriegsmaterialexporte zu verbieten. Im September 2007 hat sie eine Volksinitiative mit diesem Ziel eingereicht. Die Initiative will auch die Vermittlung und den Handel von Waffen unterbinden. Ausserdem verlangt sie, dass der Bund internationale Bestrebungen im Bereich der Abrüstung und der Rüstungskontrolle fördert. Unterstützt wird die Initiative von Sozialdemokraten und Grünen.

Hingegen lehnen der Bundesrat und die bürgerlichen Parteien das Begehren ab. Sie sind überzeugt, dass die aktuellen Exportkontrollen einen Mittelweg zwischen unterschiedlichen Interessen darstellen. Die Ex-

portbewilligungen orientierten sich einerseits an den Zielen der schweizerischen Aussenpolitik, andererseits an den Interessen der nationalen Sicherheit und der Wirtschaft. Ein Ja zur Volksinitiative, so Bundesrat und Parlamentsmehrheit, würde der einheimischen Rüstungsindustrie die Existenzgrundlage entziehen und dadurch die Landesverteidigung in Frage stellen. Der Nationalrat hat die Initiative mit 131 zu 63 Stimmen abgelehnt, der Ständerat mit 35 zu 7.

Gehören Minarette zur Religionsfreiheit?

Die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» ist im Juli 2008 eingereicht worden. Sie will neue Minarette in der Schweiz umfassend und ausnahmslos verbieten. Das Initiativkomitee argumentiert, das Minarett als Bauwerk habe keinen religiösen Charakter, sondern sei ein Symbol jenes religiös-politischen Machtanspruchs, der Verfassung und Rechtsordnung der Schweiz widerspreche. Ein Minarettverbot tangiere die Religionsfreiheit nicht, sagen die Initianten, die im Parlament von der Schweizerischen Volkspartei unterstützt wurden.

Die ändern grossen Parteien und der Bundesrat lehnen die Initiative ab. Sie stehe im Widerspruch zu zahlreichen in der Bundes-

verfassung verankerten Grundwerten der Schweiz – so zum Prinzip der Rechtsgleichheit, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Eigentumsgarantie, dem Verhältnismässigkeitsprinzip und dem Gebot der Beachtung des Völkerrechts. Zudem sei ein solches Verbot ein unverhältnismässiger Eingriff in die kantonalen Kompetenzen. Die lokalen Behörden seien am besten in der Lage, Minarette zu bewilligen oder zu verbieten, und zwar auf Grundlage der geltenden Bau- und Raumplanungsgesetze. Der Nationalrat verwarf die Initiative mit 132 zu 51 Stimmen, der Ständerat mit 39 zu 3.

Kerosinsteuer für den Luftverkehr?

Auf Flügen im Inland mit privaten Zwecken erhebt der Bund eine Kerosinsteuer. Da kommerzielle Flüge im Verkehr mit dem Ausland aufgrund von internationalen Abkommen von dieser Abgabe befreit sind, fällt deren Ertrag bescheiden aus (unter 50 Millionen Franken). Bisher floss er je hälftig der Bundeskasse und dem Strassenverkehr zu. Nun haben Bundesrat und Parlament eine Verfassungsänderung beschlossen, gemäss der 50 Prozent der Kerosinsteuer für die Luftfahrt zu verwenden sei. Sie wollen damit Beiträge an Umweltschutz- und Sicherheitsmassnahmen finanzieren. Der Nationalrat hat den Vorschlag mit 124 zu 63 Stimmen verabschiedet, der Ständerat mit 33 zu 7. Abgelehnt haben ihn einzig Sozialdemokraten und Grüne.

Alle drei Abstimmungsvorlagen betreffen die Verfassung. Für eine Annahme müssen ihnen daher Volk und Stände zustimmen.

Invalidenversicherung erhält mehr Geld. Das Volk hat einer Steuererhöhung für die Invalidenversicherung zugestimmt und die allgemeine Volksinitiative abgeschafft. Von René Lenzin

Die Sanierung der chronisch defizitären Invalidenversicherung (IV) hat eine weitere Hürde genommen: Die Stimmberechtigten haben einer befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer zugestimmt. Ab 2011 fliessen während sieben Jahren 0,4 Mehrwertsteuer-Prozente oder rund 1,1 Milliarden Franken in die Kasse der IV. Zusammen mit inhaltlichen Reformen soll dieser Zustupf dafür sorgen, dass die IV ins finanzielle Gleichgewicht gerät und ihre Schulden abtragen kann. Gleichzeitig wird die IV mit einem Start-

kapital von fünf Milliarden Franken aus dem Fonds der Alters- und Hinterbliebenenversicherung gelöst.

Bei einer Beteiligung von knapp 41 Prozent haben 54,5 Prozent der Stimmenden Ja gesagt. Allerdings wäre die Vorlage fast am Ständemehr gescheitert – 12 Kantone stimmten zu, 11 lehnten ab. Mehrheitlich befürwortet wurde die Steuererhöhung in der Westschweiz, im Tessin, in Graubünden und in den städtischen Gebieten der Deutschschweiz. Nein gesagt haben hingegen die

eher ländlichen Kantone der Zentral- und Ostschweiz.

2003 eingeführt, nun wieder abgeschafft

67,9 Prozent der Stimmenden und alle Kantone haben die Abschaffung der allgemeinen Volksabstimmung befürwortet. Dieses neue demokratische Instrument war 2003 in die Verfassung aufgenommen worden. Es hätte Initiativkomitees ermöglichen sollen, politische Anliegen in der Form der allgemeinen Anregung vorzubringen statt als ausformulierte Verfassungsänderung. Bei der Umsetzung sind Bundesrat und Parlament aber zum Schluss gelangt, dass sich das neue Volksrecht in der Praxis als zu kompliziert erweist. Nun verschwindet es wieder aus der Verfassung.